

In dieser Ausgabe setzen wir unsere Essay-Reihe zur Zukunft der Sozialdemokratie fort, die wir im Juni begonnen haben und in der bereits u.a. Albrecht von Lucke, Thomas Meyer, Gesine Schwan, Thorsten Schäfer-Gümbel und Johano Strasser debattiert haben. In den beiden folgenden Essays geht es um den Bereich der Flüchtlingspolitik und das Spannungsverhältnis zwischen Sicherheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Aydan Özoguz

Menschlich, ehrlich, gerecht

Für eine sozialdemokratische Flüchtlingspolitik über den Tag hinaus

15 Jahre sind mittlerweile vergangen, seit Bundespräsident Johannes Rau seine fulminante Rede »Ohne Angst und ohne Träumereien« zur deutschen Integrations- und Einwanderungspolitik gehalten hat. Johannes Rau sagte damals: »Wir müssen die Wirklichkeit zur Kenntnis nehmen, wenn wir sie erfolgreich gestalten wollen – ohne Angst und ohne Träumereien. Gelungene Integration ist in unserem eigenen, vitalen Interesse. Sie mobilisiert Kräfte, die wir für eine gute Zukunft brauchen.« Diesen Auftrag müssen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten heute weiterentwickeln.

Heute ist die Sozialdemokratie in 14 von 16 Bundesländern in der Regierung und stellt in fast allen Großstädten die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister. Sie kennen die Wirklichkeit, die Johannes Rau anspricht, vor Ort sehr genau. Und natürlich reicht es in diesen Wochen und Monaten, in denen Hunderttausende Flüchtlinge in unser Land kommen, nicht aus, nur die »Wirklichkeit zur Kenntnis zu nehmen«, wie Rau mit Blick auf unsere von Migration geprägte Gesellschaft schrieb. Unsere Bürgerinnen und Bürger wollen die Wirklichkeit erklärt bekommen und auch die (gesetzlichen) Maßnahmen nachvollziehen können, die in Bund, Ländern und Kommunen jeweils getroffen werden. Da die Flüchtlingsfrage nicht nur ein hochkomplexes Thema ist, das nahezu alle Bereiche unserer Gesellschaft betrifft, sondern auch ein Thema, bei dem leicht Emotionen zu schüren sind, ist die Gefahr von Hetze und Rassismus groß. Auch das müssen wir in diesen Tagen feststellen.

Weltweit sind laut UNHCR über 60 Millionen Menschen auf der Flucht, davon 19 Millionen außerhalb ihres Heimatlandes. Einige machen sich auf den Weg nach Europa und in diesem Jahr werden es weit über 800.000 Menschen sein, die in den meisten Fällen vor Krieg, Terror und Verfolgung in unser Land fliehen. Das stellt uns überall in Deutschland vor große Herausforderungen: Länder und Kommunen müssen tagtäglich neue Unterkünfte bereitstellen und gleichzeitig eine hohe Zahl von Flüchtlingen versorgen. Umso wichtiger ist es, dass sich der Bund jetzt zur Entlastung der Länder und Kommunen in Milliardenhöhe bekannt hat:

Erstens: Die Entlastung ist strukturell, denn erstmals beteiligt sich der Bund an den Kosten der Aufnahme, Unterbringung und Gewährung existenzsichernder Leistungen

nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, für das bisher grundsätzlich die Bundesländer zuständig waren.

Zweitens: Die Entlastung ist dauerhaft per Gesetz festgelegt, damit es nicht jedes Jahr wieder einen Sondergipfel im Kanzleramt über die Kostenverteilung geben muss.

Drittens: Die Entlastung ist dynamisch. Der Bund zahlt pro Asylbewerber und pro Monat des Asylverfahrens 670 Euro an die Bundesländer, um die jeweilige Entwicklung der Asylantragszahlen zu berücksichtigen. Diese Pauschale wird auf den Euro genau für jedes Bundesland abgerechnet.

Für diese spürbare Entlastung der Bundesländer und Kommunen hat die Sozialdemokratie lange gekämpft.

Die Menschen, die zu uns flüchten, suchen in der Regel Sicherheit und Freiheit. Viele hoffen auf ein Leben in einer Gesellschaft, in der Gerechtigkeit und Solidarität gelebte Werte sind – auch und gerade wenn viele von ihnen dies noch nie leben durften. Hier ist die Sozialdemokratie gefordert, denn das sind ihre Grundwerte seit über 152 Jahren. Und die Flüchtlinge von heute sind natürlich nicht die ersten, die zu uns kommen: Deutschland

Vom Einwanderungsland zur Einwanderungsgesellschaft

ist seit Langem ein Einwanderungsland, das belegen allein die Zahlen des Statistischen Bundesamtes: 2015 gibt es in Deutschland 16,4 Millionen Einwohner mit Migrationshintergrund. Konservative Kreise hatten lange geäußert, dass wir ein Einwanderungsland sind und haben deshalb große Schwierigkeiten, konsequent weitere Schritte zu gehen, damit wir von einem Einwanderungsland zu einer Einwanderungsgesellschaft wachsen.

Eine Einwanderungsgesellschaft bekennt sich nicht nur zur eigenen Vielfalt, sondern sie gibt allen Menschen – egal welcher Herkunft, egal ob mit oder ohne Einwanderungsgeschichte – faire Chancen auf Teilhabe: in der Schule, bei der Bewerbung zur Ausbildung, am Arbeitsmarkt oder im Gesundheitswesen. Eine Einwanderungsgesellschaft gibt allen gleichermaßen Sicherheit. Und eine Einwanderungsgesellschaft steht zum Grundrecht auf Asyl. Jeder muss seine Fluchtgründe und sein Asyl-Anliegen in einem rechtsstaatlichen Verfahren vortragen können.

Zur Ehrlichkeit gehört dazu, dass nicht jeder Asylsuchende dauerhaft bei uns bleiben kann und abgelehnte Asylbewerber unser Land wieder verlassen müssen. Auch das muss offen kommuniziert werden, ohne Polemik oder Hetze.

Wer bleibt, muss schnell integriert werden

Wenn wir an die verheerende Lage in Syrien, Eritrea oder im Irak denken, ist klar, dass viele Menschen jahrelang, manche ein Leben lang, bei uns bleiben werden. Darum muss es unser ureigenes Interesse sein, denjenigen sofort Angebote zur Integration zu machen, die eine gute Bleibeperspektive haben. Während berechtigterweise heute noch hauptsächlich über Unterbringungskapazitäten und Verteilungsschlüssel gesprochen wird, ist die Integration der Flüchtlinge die eigentliche, langfristige Herausforderung der nächsten Jahre und Jahrzehnte.

Ich rate dringend, die Fehler der 90er Jahre nicht zu wiederholen. Denn eines haben wir doch aus dem schlechten Asylkompromiss von 1993 gelernt: Es nützt niemandem, Flüchtlinge monatelang tatenlos in den Unterkünften herumsitzen zu lassen und von unserer Gesellschaft abzuschotten. Das ist verheerend für die Menschen, zum Nachteil für unsere Sozialsysteme und vollkommen unverständlich für die Bevölkerung. Wer bei uns bleiben wird, muss Integrations- und Sprachangebote bekommen! Nur dann können aus Flüchtlingen auch schneller Nachbarinnen und Nachbarn werden.

Es wird bei der Integration der Flüchtlinge ganz besonders auf die Sozialdemokratie ankommen. Sie steht für die solidarische Gesellschaft und hat sich in ihrer 152-jährigen

Geschichte immer für die Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft eingesetzt. Vergessen wir nicht, dass es die Sozialdemokratie war, die mit dem Staatsangehörigkeitsrecht aus dem Jahr 2000 und mit dem Zuwanderungsgesetz von 2005 die entscheidenden Impulse zur Gestaltung unseres Einwanderungslandes gegeben hat. Mit dem Zuwanderungsgesetz wurde der Grundsatz etabliert, dass Einwanderung immer Maßnahmen der Integration nach sich ziehen muss: Erst mit diesem Gesetz wurden 50 Jahre (!) nach der ersten Anwerbung von Gastarbeitern die heute allseits gelobten Integrationskurse zum Spracherwerb eingerichtet – während sich die Union immer noch nicht so recht damit abfinden konnte, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist.

Es ist das eherne sozialdemokratische Anliegen, dass jeder, der sich anstrengt, auch vorankommt. Ob arm oder reich, ob zugewandert oder nicht: Es geht um Teilhabechancen für alle in unserem Land. Dafür müssen aber die Grundlagen gelegt werden und ich bin zuversichtlich, dass die Sozialdemokratie das in der Flüchtlingspolitik erreichen kann: Gerade erst im Oktober 2015 hat der Deutsche Bundestag ein Asyl-Gesetzespaket verabschiedet, das die Integrationskurse auch für Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive endlich öffnet.

Sichergestellt haben wir bereits den besseren und früheren Zugang für Asylbewerber und Geduldete zur Ausbildung und zum Arbeitsmarkt. Darüber hinaus werden erstmals die Angebote der Bundesagentur für Arbeit zur Vermittlung in Arbeit regulär für Asylbewerber geöffnet. Man kann sagen, dass auch dank der Sozialdemokratie mittlerweile eine gewisse Vernunft in die Flüchtlingspolitik eingezogen ist, die man vor ein paar Jahren noch nicht für möglich gehalten hätte. So gibt es heute nur wenig Widerspruch in der politischen Arena, wenn ich sage, dass sich jeder Euro, den wir sinnvoll in die Integration der Flüchtlinge investieren, auch auszahlen wird.

Wir erleben in Deutschland derzeit eine ungeheure Welle der Hilfsbereitschaft, für die ich sehr dankbar bin. Ohne die vielen Ehrenamtlichen wäre die Flüchtlingsaufnahme aktuell nicht zu leisten. Es ist wichtig, dieses unglaubliche Engagement zu erhalten. Denn dieses Miteinander von verschiedenen Menschen unterschiedlicher Kulturen, diese gelebte Solidarität, stärkt unsere Gesellschaft insgesamt. Es sind diese kleinen Geschichten aus der Nachbarschaft, die direkten Kontakte zu Flüchtlingen, die so entscheidend sind, dass ein gutes Klima in der Gesellschaft gedeihen und erhalten werden kann. Das Engagement der vielen zehntausend Ehrenamtlichen stimmt mich zuversichtlich, dass wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und gegen jegliche Form des Rechtspopulismus bestehen können – auch und gerade in diesen Zeiten.

*Gesellschaftlichen
Zusammenhalt
stärken*

Eine so große Anzahl von Einwanderern aus zum Teil anderen Kulturen aufzunehmen, wird aber nicht konfliktfrei ablaufen. Soziale und kulturelle Spannungen werden nicht ausbleiben. Das müssen wir – wie Johannes Rau sagte: ohne Angst und Träumereien – offen ansprechen. Wichtig ist, Haltung zu zeigen und allen klarzumachen, dass unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung für alle gilt und es keine falsche Rücksichtnahme auf vermeintlich kulturell oder religiös begründetes Verhalten gibt, das unseren Gesetzen und der Verfassung widerspricht. Sorgen und Ängste müssen ausgesprochen werden können, ohne gleich in die rechte Ecke gestellt zu werden. Haltung zeigen heißt auch, dass wir klare Kante gegen Herabsetzungen, Hass und Gewalt zeigen. Das Dunkeldeutschland, das in diesen Wochen durch geistige wie tatsächliche Brandstiftung seine abscheuliche Seite zeigt, ist die Minderheit. Hier muss die Sozialdemokratie ihre Werte hochhalten und die große Mehrheit in unserem Land bestärken, die weltoffen, pragmatisch und menschlich mit anpacken und eine gute Aufnahme der Flüchtlinge sichern möchte.

Ich denke, dass es lange nicht mehr so politische Zeiten wie heute gab. Das ist gut so! Die Fragen der Flüchtlingspolitik berühren die Menschen, regen sie zum Nachdenken und auch zum Helfen an. Es ist eine Zeit, in der die Grundwerte der Sozialdemokratie – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – gefragt sind. »Ein besseres Land kommt nicht von allein« – dieser Leitspruch der Sozialdemokratie ist in der Flüchtlingspolitik aktueller denn je.



Aydan Özoğuz

ist Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Zugleich ist sie stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD.

aydan.oezoguz@bk.bund.de

Robert von Olberg

Wer Sicherheit will, darf von Gerechtigkeit und Solidarität nicht schweigen

Sigmar Gabriel und das SPD-Präsidium haben ein Papier vorgelegt, mit dem sie die Diskussion um ein Zukunftsprogramm für die nächsten zehn Jahre innerhalb der SPD eröffnen wollen. *Starke Ideen für Deutschland 2025* heißt es. Als Plan, mit dem Sigmar Gabriel seine Partei retten wolle, beschrieb es DIE ZEIT Mitte Juni. Schnell wurde von einigen Vertreterinnen und Vertretern der Partei laut die Frage gestellt, ob darin die richtigen Zielsetzungen und Weichenstellungen für einen erfolgversprechenden sozialdemokratischen Kurs benannt würden. Dass in dem Papier auffallend häufig der Begriff Sicherheit vorkomme, hingegen selten nur der sozialdemokratische Grundwert der Gerechtigkeit beschworen und der SPD ein patriotisches Selbstverständnis verordnet werden würde, war in der Berichterstattung vielerorts zu lesen. Eine tiefergehende Debatte um die Thesen blieb jedoch bislang in Partei und Öffentlichkeit aus.

In dem Impulspapier erläutern die Autorinnen und Autoren klar, was dieses leisten soll: Es geht darum, eine Debatte darüber einzuläuten, wovon und wie wir in zehn Jahren leben wollen, wie wir Wohlstand, Sicherheit und Zusammenhalt auch zukünftig schaffen und sichern wollen. Das sind unzweifelhaft Kernfragen einer programmatischen Standortbestimmung für eine Partei wie die SPD. Auch der Kontext, in dem das Papier vorgelegt wird, wird genau beschrieben: Selbstbewusst heißt es dort, dank der Sozialdemokratie verfüge die Bundesrepublik seit 2013 mit der Großen Koalition wieder über eine handlungsfähige und stabile Regierung, in der die SPD als Motor fungiere und etliche Reformprojekte bereits erfolgreich habe umsetzen können.

Diese Einleitung mag bei einem Thesenpapier dieses Typs zunächst überraschen. Es erscheint als durchaus merkwürdiges Framing einer zukunftsgerichteten Selbstvergewisserung und Orientierung, wenn eingangs eine derart stark auf die aktuelle Regierungspraxis bezogene Momentaufnahme in den Fokus gerückt wird, die zudem in weiten Teilen der Partei eher als notwendiges, alternativloses Übel, denn als strategisch-wünschenswertes politisches Projekt verstanden wird. Der machtstrategische Ausblick, den das Papier anfügt, mag zudem kaum eine Sozialdemokratin oder einen Sozialdemokraten elektrisieren: Gezwungenermaßen treffend werden die Wahlerfolge der Partei in Ländern und